

E-Mail-Newsletter

15. Januar 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

im ersten Newsletter im Jahr 2008 möchten wir Sie noch einmal auf unsere nächsten Veranstaltungen aufmerksam machen: Vom 7.-9. Februar findet die Tagung "Flüchtlinge und Spätaussiedler: Anfragen an die Politik und Anregungen für die Praxis" in Bad Boll statt. Es wird darin vor allem um den Integrationsplan gehen und um die Frage, welche Rolle darin Flüchtlinge und Spätaussiedler spielen.

Am 15.03. laden wir dann ein zum nächsten Plenum in den Räumen der Friedensgemeinde Stuttgart. Die Themen dort: Rückkehrberatung und Klimaflüchtlinge.

Genaue Informationen zu beiden Veranstaltungen haben wir dem Newsletter beigelegt (siehe Termine) und bitten Sie um Ihre baldige Anmeldung.

Darüber hinaus haben wir heute die folgenden Informationen für Sie zusammengestellt:

1. Bundestags-Anfrage 1: Situation von irakischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik und die Praxis des Asyl(widerruf)verfahrens

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion "Die Linke" ergeben sich interessante Daten zur Anzahl der hier lebenden Flüchtlinge aus dem Irak und ihrem Aufenthaltsstatus.

2. Bundestags-Anfrage 2: Zahl der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG weiter rückläufig

Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sinkt weiter. Am 31. Dezember 2006 habe es 194.000 Leistungsbezieher gegeben, während es ein Jahr zuvor noch 211.000 gewesen seien, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

3. Pro Asyl-Pressemitteilung zur Asylstatistik 2007

"Historischer Tiefpunkt der Antragstellerzahlen - leichter Aufwind bei den Schutzquoten"

4. "Leben in der Illegalität"

Die Sozialwissenschaftlerin Helen Schwenken von der Uni Kassel hat im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung ein sehr lesenswertes Online-Dossier zum Thema "Leben in der Illegalität" konzipiert, das seit ein Paar Tagen auf der Webseite der Böll-Stiftung abrufbar ist.

5. Neue Entscheidungen zum Flüchtlingssozialrecht unter www.fluechtlingsinfo-berlin.de

6. Überarbeiteter "Leitfaden für Flüchtlinge in Niedersachsen"

Die auch für Baden-WürttembergerInnen interessante überarbeitete Version berücksichtigt nun auch die Änderungen durch das Richtlinienumsetzungsgesetz

7. Verschiedene Informationen zu "FRONTEX"

- Pro Asyl-Gutachten: Flüchtlingsrechte gelten auch auf hoher See
- Dt. Institut für Menschenrechte: Grenzschutz und Menschenrechte. Eine europarechtliche und seerechtliche Studie
- Jesuiten-Flüchtlingsdienst: Frontex: eine menschenrechtliche und politische Herausforderung
- Informationsstelle gegen Militarisierung: Was ist Frontex?

8. Termine

Mit herzlichem Gruß
Reiner Klass

1. Bundestags-Anfrage 1: Situation von irakischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik und die Praxis des Asyl(widerruf)verfahrens

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion "Die Linke" ergeben sich interessante Daten zur Anzahl der hier lebenden Flüchtlinge aus dem Irak und ihrem Aufenthaltsstatus.

<http://dip.bundestag.de/btd/16/074/1607426.pdf>

Demnach lebten am 31.10.2007 9.358 geduldete IrakerInnen in Deutschland, davon 1.303 in Baden-Württemberg. 179 von ihnen sind vollziehbar ausreisepflichtig, 1.054 haben bereits eine Abschiebungsandrohung erhalten. Der größte Teil von ihnen (7.325) lebt bereits seit bald fünf Jahren oder länger in unserem Bundesland.

2. Bundestags-Anfrage 2: Zahl der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG weiter rückläufig

Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sinkt weiter. Am 31. Dezember 2006 habe es 194.000 Leistungsbezieher gegeben, während es ein Jahr zuvor noch 211.000 gewesen seien, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. An eine Anpassung der Grundleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes an die Eckregelsätze der Sozialhilfe werde derzeit nicht gedacht.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/075/1607574.pdf>

3. Pro Asyl-Pressemitteilung zur Asylstatistik 2007

10. Januar 2008

PRO ASYL zur Asylstatistik 2007

Historischer Tiefpunkt der Antragstellerzahlen - leichter Aufwind bei den Schutzquoten

PRO ASYL: Deutschland weiterhin im Hintertreffen beim internationalen Flüchtlingsschutz

Die jetzt veröffentlichte Asylstatistik für das Jahr 2007 verzeichnet einen historischen Tiefstand der Zahl der Asylneuantragsteller. Immer weniger Menschen gelingt die Flucht nach Deutschland. Deren Chancen auf einen Schutzstatus haben sich im letzten Jahr zwar etwas verbessert, dennoch zeigt die Statistik nach Auffassung von PRO ASYL hauptsächlich, dass Deutschland seinen Verpflichtungen im internationalen Flüchtlingsschutz nach wie vor nicht nachkommt. Gerade einmal 19.164 Personen haben im Jahr 2007 in Deutschland Asyl beantragen können. Nachdem die Zahl bereits von 2005 auf 2006 um 27 % zurückgegangen war, bedeutet dies für 2007 einen weiteren Rückgang um ca. 9 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Asylerstantragsteller gibt keineswegs die Zahl der zur Antragstellung nach Deutschland einreisenden Personen wieder. Denn etwa jeder sechste Antrag wurde im Jahr 2007 von Amts wegen für ein neugeborenes Kind von Eltern gestellt, die in Deutschland als Asylantragsteller leben.

Angesichts der niedrigen Neuantragstellerzahlen ist die Tatsache, dass im Jahr 2007 mehr Menschen einen Schutzstatus erhalten haben, ein schwacher Trost. Das Bundesamt hat im Jahr 2007 28.572 Entscheidungen getroffen, die Gesamtschutzquote betrug in diesem Jahr unter Einbeziehung der Folgeanträge 27,5 %.

Geändert hat sich im Jahr 2007 insbesondere die Anerkennungspraxis des Bundesamtes bei Irakflüchtlingsen, wo vor allem Angehörige der christlichen, der yezidischen und der mandäischen Minderheit bessere Anerkennungschancen haben. Nach heftiger Kritik von PRO ASYL und einer kritischen Debatte im Bundestag hat das Bundesamt auch seine Entscheidungspraxis bezüglich von Flüchtlingen aus Birma geändert. Auch Eritreer gehören zu der Flüchtlingsgruppe mit relativ hohen Anerkennungsquoten.

Nach wie vor groß ist die aus der Asylstatistik nicht hervorgehende Zahl der Asylwiderrufe im Jahr 2007. Bis Ende November wurde 5.756 Personen ihr Flüchtlings- oder Schutzstatus entzogen. Die relativ hohe Anerkennungsquote für irakische Flüchtlinge belegt nach Auffassung von PRO ASYL, dass die jahrelang verfolgte Politik, irakischen Staatsangehörigen den Flüchtlingsschutz zu widerrufen, unverantwortlich war. Eine Bereitschaft zur Korrektur der Fehlentscheidung in etwa 21.000 Fällen aus den letzten fünf Jahren haben Bundesinnenministerium und Bundesamt bislang nicht erkennen lassen.

Nach Zahlen der vergangenen Jahre wird knapp die Hälfte aller Asylerstanträge von Minderjährigen bzw. von Amts wegen für Minderjährige gestellt, wie sich aus einer kleinen Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergibt (2005: 51,5 %, 2006: 45,5 %). Dieses in der Asylerstantragstellerstatistik nicht aufgeführte Faktum belegt, dass es in einer großen Zahl von Fällen Kinder sind, die als von der Verfolgung Mitbetroffene ihr Flüchtlingsschicksal teilen. Angesichts des hohen Anteils von Minderjährigen ist es besonders dringend, dass die Aufnahmebedingungen für Asylsuchende in Deutschland endlich drastisch verbessert werden und die in vielen Bundesländern dominierende Lagerunterbringung abgeschafft wird. Es ist inakzeptabel und mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren, dass Tausende von Kindern einen Teil ihrer Jugend in Lagern

verbringen müssen.

gez. Bernd Mesovic
Referent

4. "Leben in der Illegalität"

Die Sozialwissenschaftlerin Helen Schwenken von der Uni Kassel hat im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung ein sehr lesenswertes Online-Dossier zum Thema "Leben in der Illegalität" konzipiert, das seit ein Paar Tagen auf der Webseite der Böll-Stiftung abrufbar ist.

http://www.migration-boell.de/web/migration/46_1371.asp

Die Beiträge im Einzelnen:

Der gefährliche Weg nach Europa

von Elias Bierdel ([weiter](#))

Die Herstellung von Illegalität - Das Scheitern von Migrationskontrollen ist kein Zufall

von Helen Schwenken ([weiter](#))

United States: Increased criminalizing of undocumented migration after 9/11

by Robyn Rodriguez ([weiter](#))

Das unsichtbare Bild - illegalisierte Migration im Film

von Olaf Berg ([weiter](#))

Zwischen Repression und Integration: Wie gehen Kommunen mit dem Problem der Illegalität um?

von Simone Buckel ([weiter](#))

Grundrechte für Familien im illegalen Aufenthalt gewährleisten

von Christa Goetsch & Antje Möller ([weiter](#))

Die Lebenssituation von Menschen ohne Papiere in Köln

([weiter](#))

Gesundheitsversorgung für Menschen in der Illegalität

von Elène Misbach ([weiter](#))

Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die ,neuen Dienstmädchen' im Zeit- alter der Globalisierung.

von Helma Lutz ([weiter](#))

Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität in Deutschland: Was ist die Aufgabe der Kirche?

von Weihbischof Josef Voß ([weiter](#))

Between Organising and Exclusion: Trade Union Strategies and Undocumented Migrant Workers

by Özge Berber Agtas, Beate Amler and Luciole Sauviat ([weiter](#))

Illegalisierte Frauen in Privathaushalten

Ein Interview von Helen Schwenken ([weiter](#))

Undocumented Migrants in the Workplace: A Rights-Based Approach

by Michele LeVoy and Sabine Craenen ([weiter](#))

Legalisierungskampagnen: "Der zu realisierende Gewinn ist eine andere Gesellschaft"

von Frank John ([weiter](#))

5. Neue Entscheidungen zum Flüchtlingssozialrecht unter www.fluechtlingsinfo-berlin.de

hier ist die Ergänzungslieferung Juni 2007 bis Januar 2008, 35 Seiten, 0,3 MB mit neuen Entscheidungen zum Flüchtlingssozialrecht:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/neue_Urteile_0108.pdf

Achtung: Die komplette Sammlung Urteile2.pdf ca. 460 Seiten ca. 4 MB mit über 2000 Entscheidungen aus Mitte 1997 bis Januar 2008 gibt's hier:

<http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/Urteile2.pdf>

Die Ergänzungslieferung enthält neue Entscheidungen u. a. zu:

Asylbewerberleistungsgesetz

§ 2 AsylbLG und erneute Kürzung durch auf 48-Monate verlängerte Wartefrist?

Beihilfen für Hausrat nach § 3 AsylbLG

Beihilfen für Passkosten nach AsylbLG

Anrechnung des Einkommens und Vermögens Familienangehöriger nach § 7 AsylbLG

Grundsicherung für Arbeitsuchende

ALG II für Ausländer, Ausschluss Arbeit suchender Unionsbürger vom ALG II, ALG II bei Urlaub im Ausland

Aufenthaltsgesetz

Maßstab für Lebensunterhaltssicherung; Wohnsitzauflage bei Aufenthalt aus humanitären Gründen; gesetzliche Bleiberechtsregelung

Kinder- und Erziehungsgeld

Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Neuregelung zum Kinder- Erziehungs- und Elterngeld für Ausländer; Erziehungsgeld für türkische Asylbewerberin

BAföG

Ausbildungsförderung für MigrantInnen und Flüchtlinge

SGB IX

Schwerbehindertenausweis für Geduldete

OEG

Gewaltopferentschädigung für Geduldete

SGB VII

Unfallversicherung für illegal beschäftigte Ausländer

StGB

Höhe der Tagessätze für AsylbLG-Berechtigte

Mit freundlichen Grüßen

Georg Classen

Flüchtlingsrat Berlin, Georgenkirchstr 69-70, 10249 Berlin Tel ++49-30-243445762, Fax ++49-30-69564993

www.fluechtlingsrat-berlin.de

6. Überarbeiteter "Leitfaden für Flüchtlinge in Niedersachsen"

Die "Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung von Asylsuchenden (GGUA)" aus Münster hat es auf sich genommen, den "Leitfaden für Flüchtlinge in Niedersachsen" grundlegend zu überarbeiten und auf den neuesten rechtlichen Stand zu bringen. Die überarbeitete Fassung erfasst nun auch das zum 22. August 2007 in Kraft getretene "Zweite Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz" (auch "Richtlinienumsetzungsgesetz" genannt) einschließlich der gesetzlichen Bleiberechtsregelung sowie der diesbezüglichen Umsetzungshinweise des niedersächsischen Innenministeriums. Der Leitfaden stellt den Versuch dar, das Asylverfahren sowie die aufenthalts- und sozialrechtliche Situation von Flüchtlingen je nach Status möglichst verständlich und zusammenhängend darzustellen. Ergänzungen, Korrekturhinweise und Anregungen sind erwünscht, sollten jedoch deutlich zwischen niedersächsischen Regelungen und allgemeinem (Bundes-)Recht unterscheiden. Hier der Link:

<http://www.nds-fluerat.org/leitfaden/>

Wir danken Volker Maria Hügel, Claudius Voigt und Ekkehard Hollmann für ihre großartige Arbeit im Namen der GGUA. Dass dieser Leitfaden überhaupt zustande kommen konnte, verdanken wir Andrea Kothen (Pro Asyl), die den Leitfaden vor einem Jahr unentgeltlich erstellt hat. Dank gebührt in diesem Zusammenhang auch Professor Dr. Holger Hoffmann (Universität Bielefeld) und Georg Classen (Flüchtlingsrat Berlin) sowie Eckhard Lang (Diakonisches Werk Rotenburg/Wümme) für ihre damalige fachkundige Beratung, wertvolle Hinweise und Korrekturen. Die technische Umsetzung unseres Internet-Leitfadens verdanken wir Tim Portner.

Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen

7. Verschiedene Informationen zu "FRONTEX"

PRO ASYL: Flüchtlingsrechte gelten auch auf hoher See

Europa schottet sich auch mit illegalen Mitteln gegen Flüchtlinge und Einwanderer ab. Die von der EU-Agentur FRONTEX konzipierte Flüchtlingsabwehr missachtet menschen- und flüchtlingsrechtliche Verpflichtungen der EU-Staaten. Zu diesem Ergebnis kommt ein von amnesty international, der Stiftung Pro Asyl und dem Forum Menschenrechte in Auftrag gegebenes [Gutachten](#), das die Organisationen anlässlich des bundesweiten Tags des Flüchtlings vorgestellt haben.

Deutsches Institut für Menschenrechte: Grenzschutz und Menschenrechte. Eine europarechtliche und seerechtliche Studie.

Oktober 2007, 98 Seiten

Die Studie untersucht die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die bei den vorverlagerten Migrationskontrollen der EU-Staaten jenseits der Staatsgrenzen bestehen. Aus Sicht des Instituts verbieten die Menschenrechte die aktuelle Praxis des Abfangens und Zurückweisens der Schiffe auf die Hohe See sowie des Ablenkens und des Zurückbegleitens der Schiffe in ihre Ausgangshäfen außerhalb der EU. Allein die Pflicht zur Seenotrettung zu erfüllen, reiche nicht aus, so Weinzierl. Das ergebe die Analyse sowohl der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als auch die Analyse der UN-Menschenrechtsabkommen, der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Grundrechte. Die geretteten Menschen müssten in jedem Fall Zugang zu einem Verfahren in einem EU-Staat erhalten, in dem ihre Schutzbedürftigkeit geprüft werden könne. Die Studie erörtert darüber hinaus, bei wem die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen liegt, die im Rahmen von gemeinsamen Grenzschutzoperationen begangen werden. Solche Grenzschutzoperationen werden häufig unter Beteiligung mehrerer EU-Mitgliedstaaten sowie afrikanischer Staaten durchgeführt und von der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX koordiniert. Autor: Ruth Weinzierl / Urszula Lisson

Herausgeber: Deutsches Institut für Menschenrechte

ISBN: ISBN 978-3-937714-50-9

http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d71_v1_file_4732cc6ee4100_IUS-043_S_Grenz_D_RZ_WWW_ES.pdf

Jesuiten-Flüchtlingsdienst: Frontex: eine menschenrechtliche und politische Herausforderung

Berlin, 23. Oktober 2007. Während die Bürger der EU sich seit dem Schengener Abkommen innerhalb der Grenzen der EU zunehmend freier bewegen können, wird Nicht-EU-Bürgern der Zugang zu den Mitgliedstaaten - natürlich im Namen der Sicherheit - durch eine Reihe von Maßnahmen erschwert. Das gilt auch dann, wenn die betroffenen Menschen Schutz vor Verfolgung oder anderen Menschenrechtsverletzungen suchen. Bei der Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen wird als besonderer Erfolg zwischenstaatlicher Kooperation die Etablierung der Agentur für die Koordination der operativen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen (kurz: "Frontex") bewertet. Die Arbeit dieser Agentur stößt jedoch zunehmend auf Kritik. Für den JRS hat Katrin de Boer die Aufgabe die gegenwärtige Diskussion zusammengefasst und politische Schlussfolgerungen gezogen.

<http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/policy%20paper%20frontex.pdf>

Informationsstelle gegen Militarisierung: Was ist Frontex?

Aufgaben und Strukturen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen.

In der Reihe "Materialien gegen Krieg, Repression und für andere Verhältnisse" (Nr. 4 / Jan. 2008) ist soeben eine Broschüre zur europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX erschienen. In ihr werden Funktion, Tätigkeit und auch die Entstehungsgeschichte der Agentur umfassend beschrieben.

Die 52-seitige Broschüre kann entweder [kostenlos bestellt](#) (gegen Porto) oder unter folgendem Link (6 MB!) als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

<http://www.imi-online.de/download/FRONTEX-Broschuere.pdf>

8. Termine

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

15.03.2008 - [Programm](#)

12.07.2008

08.11.2008

Tagung Bad Boll:

7.-9. Februar 2008: "Flüchtlinge und Spätaussiedler: Anfragen an die Politik und Anregungen für die Praxis" ([Programm](#))

Sonstige Termine:

- 20.06.2008: Internationaler Tag des Flüchtlings
- 26.06.2008: Tag zur Unterstützung der Folteropfer
- 28.09.2008: Beginn der Interkulturellen Woche
- 03.10.2008: Tag des Flüchtlings
- 10.12.2008: Tag der Menschenrechte